

## NACHRICHTEN

## Diskussionsabend bei der Arbeitskammer

Saarbrücken. Die Arbeitskammer des Saarlandes diskutiert am Donnerstag die Auswirkungen der Schuldenbremse auf Land und Kommunen. 2015 hatte der Städte- und Gemeindetag mit der Landesregierung vereinbart, bis 2020 keine neuen Schulden zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss kräftig der Rotstift angesetzt werden: Es kommt zu Einsparungen beim Personal in der Verwaltung und zu geringeren Investitionen in der Infrastruktur. Unter dem Thema „Schuldenbremse adieu?“ will Michael Blug von der Arbeitskammer mit seinen Gästen diskutieren, wie unter diesen Bedingungen Land und Kommunen ihre gesellschaftlichen Aufgaben erfüllen können. Bereits ab 16 Uhr geben Referenten kurze Einführungsvorträge. Um 18 Uhr wird dann die eigentliche Diskussion stattfinden. Veranstaltungsort ist der Große Saal der Arbeitskammer des Saarlandes in der Fritz-Dobisch-Straße 6-8 in Saarbrücken. red

## Brandstifter legen mehrere Feuer

St. Wendel. Samstagnacht haben Brandstifter rund um den St. Wendeler Schlossplatz gleich mehrfach Feuer gelegt. Wie die Polizei mitteilt, zündeten sie gegen 1.30 Uhr in der Balduinstraße drei Biomülltonnen an, die unter einem Balkon abgestellt waren. Nur durch das schnelle Eingreifen eines Hausbewohners und der Rettungskräfte konnte verhindert werden, dass das Feuer auf das Haus übergriff. Gegen 2.39 Uhr wurden weitere Brände gemeldet: eine Standkerze vor dem Dom Hotel/La Wendel, ein Papiercontainer neben dem Rathaus sowie eine Biomülltonne in der Schlossstraße brannten. Da die Tatornte alle in einem Umkreis von 50 Metern liegen, geht die Polizei davon aus, dass es sich um die selben Täter handelt. Am Abend gegen 22.30 Uhr wurde erneut ein Mülleimer am Schlossplatz in Brand gesteckt. In der Nähe des Tatortes wurden zwei männliche Jugendliche gesehen. red

## Mythenjäger stellen im Alten Rathaus aus

Völklingen. Seit fünf Jahren spüren die Völklinger Mythenjäger der Geschichte der Hüttenstadt nach. In sogenannten „Reenactments“ lässt die Arbeitsgruppe der Volkshochschule historische Ereignisse wieder lebendig werden. Eine Ausstellung im Alten Rathaus der Stadt zeigt nun bis 25. Oktober Aktionsfotos der Gruppe. Spektakulär war sicherlich der Nachbau des Geislaunterner Dampfagens, der heute im Eisenbahnmuseum in Nürnberg steht. red

## Vortrag zur Kathedrale von Burgos

Saarbrücken. Die Jakobusgesellschaft BOS/Saarbrücken lädt am Dienstag, 19 Uhr, zu ihrem Stammtisch ein. Anton Franziskus soll seinen Vortrag „Steine erzählen, Bilder sprechen: die Kathedrale von Burgos“. Vom 13. bis zum 16. Jahrhundert errichtet, gehört die Kirche zu den bedeutendsten gotischen Bauwerken Europas. Auch Baumeister aus Köln wirkten mit. Die Veranstaltung findet im Pfarrheim von St. Jakob in der Keplerstraße 13 statt. red

PRODUKTION DIESER SEITE:  
N. ERNST, S. OSTENDORF  
OLIVER SCHWAMBACH

## Und nachmittags ein paar Stunden in den Landtag?

Warum ein Teilzeitparlament im Saarland nicht automatisch billiger wäre

Immer wieder wird über die Umwandlung des Saar-Landtags in ein Teilzeitparlament diskutiert. Das soll Kosten sparen. Doch auffällig ist: Der hiesige Landtag ist wesentlich günstiger als das Bremer Teilzeitparlament.

Von SZ-Redakteur Daniel Kirch

Saarbrücken/Bremen. Die Diskussion kommt alle paar Jahre wieder. 2011 war es die FDP, die sich für die Umwandlung des saarländischen Landtags in ein Teilzeitparlament stark machte. Nun zieht die AfD mit dieser Forderung in den Landtagswahlkampf und verweist auf die Teilzeitparlamente in Hamburg, Bremen und Berlin. Die Einführung eines Teilzeitparlaments (oder alternativ die Verkleinerung des Parlaments) werde „ein Signal aussenden, dass es das Saarland mit Spar- und Reformmaßnahmen ernst meint“, heißt es im Wahlprogramm der Partei. Auch die von früheren Regierungsmitgliedern gegründete Zukunftsinitiative Saar (ZIS) hegt Sympathien für ein Teilzeitparlament.

Wer wissen will, was die 51 Abgeordneten samt Parlamentsverwaltung und Fraktionen die Steuerzahler kosten, muss in den Landeshaushalt schauen. Für das laufende Jahr sind knapp 18 Millionen Euro veranschlagt. Das sind 0,44 Prozent des Landeshaushalts, in dem aktuell eine strukturelle Lücke von 436 Millionen Euro klappt. Was zeigt, dass Einsparungen beim Landtag allenfalls symbolischer Natur wären.

Der frühere, inzwischen verstorbene Landtagspräsident

Hans Ley (CDU) hatte immer wieder darauf hingewiesen, dass das Saarland bundesweit mit Abstand nicht nur das kleinste, sondern auch das günstigste Parlament hat. Die Frage ist jedoch, ob ein Teilzeitparlament nicht noch günstiger wäre. „Das kann man nicht pauschal beantworten“, sagt der Bremer Politikwissenschaftler Professor Lothar Probst, der die Verhältnisse in dem Bundesland mit Teilzeit-Abgeordneten seit Jahrzehnten kennt. „Ob ein Teilzeitparlament billiger wäre, hängt von der konkreten Ausgestaltung ab: von der Höhe der Diäten, vom Sitzungsrythmus, der Anzahl der Ausschüsse, den Sitzungs- und Reisegeldern sowie der Beschäftigung von Mitarbeitern der Abgeordneten, Fraktionen und des Parlaments“, sagte Probst der SZ.

Und siehe da: Bremen (670 000 Einwohner) lässt sich sein Teilzeitparlament deutlich mehr kosten als das Saarland (996 000 Einwohner) sein Vollzeitparlament. Bremen gibt für seine Bürgerschaft (83 Abgeordnete) nämlich fast 30 Millionen Euro im Jahr aus, das Saarland für den Landtag (51 Abgeordnete) die erwähnten 18 Millionen Euro. Man kann dies so interpretieren, dass die Bremer Teilzeitparlamentarier, die ja oft nur halbtags Politik machen, auf eine größere Parlamentsverwaltung und besser ausgestattete Fraktionen als Dienstleister zurückgreifen müssen.

Die saarländischen Abgeordneten fühlen sich mit ihrem Landtags-Job ausgelastet, eine Umwandlung in ein Teilzeitparlament ist dort überhaupt kein Thema. Bundesweit geht der



„Die Quote von Wirtschaftsvertretern ist hier nicht höher als in Vollzeitparlamenten.“

Prof. Lothar Probst, Bremer Politologe



Der Landtag kostet den Steuerzahler rund 18 Millionen Euro im Jahr.

FOTO: OLIVER DIETZE/DPA

Trend eher in Richtung Vollzeit. In Hamburg und Berlin gibt es, anders als im armen Bremen, immer wieder Vorstöße in diese Richtung. Als Begründung wird dort stets genannt, dass Abgeordnete eine Regierung mit tausenden Mitarbeitern gerade bei komplexen Themen nicht mehr effektiv kontrollieren können, wenn sie nachmittags nach ihrem regulären Job ins Parlament kommen. Um die Umwandlung kostenneutral zu gestalten, so heißt es immer wieder, müsse dann aber die Zahl der Mandate reduziert werden. Vor fünf Jahren hat Baden-Württemberg die Umwandlung in ein Vollzeitparlament vollzogen. Dort blieb die Anzahl der Sitze gleich – mit der Folge, dass die Ausgaben fürs Parlament

von 2010 bis 2012 um satte 62 Prozent stiegen.

Die Abgeordneten in Bremen üben ihre Tätigkeit laut Gesetz „mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit aus“. Dafür dürfen ihnen am Arbeitsplatz keine Nachteile entstehen. Ein großer Teil der Abgeordneten nimmt das Mandat laut Probst jedoch „mehr oder weniger als hauptberufliche Tätigkeit wahr, auch wenn die Beanspruchung es zulässt, noch einen regulären Beruf auszuüben“. Viele Abgeordnete kämen aus dem öffentlichen Dienst, einige arbeiteten als Anwälte oder seien in Unternehmen oder als Selbstständige tätig.

Eine gerade von Wirtschaftsleuten geäußerte Hoffnung

scheint das Teilzeitparlament aber nicht zu erfüllen: dass dort nämlich mehr Wirtschaftsvertreter anzutreffen sind. „Ich glaube nicht, dass es in dieser Beziehung große Unterschiede zwischen Teilzeit- und Vollzeitparlamenten gibt“, sagt der Bremer Politikforscher Probst. „Mitglieder des öffentlichen Dienstes, Juristen und Freiberufler dominieren in allen Parlamenten, einen Fliesenleger oder eine Krankenschwester findet man unter den Abgeordneten kaum. Dass ein Teilzeitparlament eine Einladung an Wirtschaftsvertreter wäre, sich stärker zu engagieren, lässt sich für Bremen nicht feststellen. Die Quote von Wirtschaftsvertretern ist hier nicht höher als in Vollzeitparlamenten.“

Ohnehin sei es gar nicht entscheidend, ob ein Landtag als Vollzeit- oder Teilzeitparlament organisiert ist, sagt Probst. Das Problem liege woanders: „Die Landtage verlieren an Bedeutung gegenüber der Exekutive und an Attraktivität.“ Deshalb ist weniger die Frage, ob man sich für ein anderes Modell entscheidet, sondern wie man die Parlamente reformiert und wieder lebendiger macht.“

## AUF EINEN BLICK

In Bremen erhalten die Teilzeit-Abgeordneten eine Entschädigung von 4700 Euro, dafür aber keine steuerfreie Aufwandspauschale mehr. Zudem müssen sie selbst für ihr Alter vorsorgen, wofür sie jedoch noch eine Zulage von 750 Euro bekommen. Im Saarland bekommen die Abgeordneten im Monat 5408 Euro plus 1264 Euro als steuerfreie Aufwandspauschale. Die Altersversorgung zahlt das Land. Die Höhe richtet sich danach, wie lange der Abgeordnete im Landtag saß (35 bis 71,75 Prozent der Grunddiät). kir

## „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“

Delegiertentag der Frauen Union Saar diskutiert das Thema Sexismus - Anja Wagner-Scheid bleibt Vorsitzende

Die Frauen Union Saar setzte sich auf ihrem Delegiertentag für ein Ende der Lohn-Ungleichheit ein. Auch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie standen auf der Agenda, etwa durch längere Öffnungszeiten von Kitas.

St. Ingbert. Die roten Lederpumps, mit denen die Frauen Union Saar auf ihrer Einladung zum Landesdelegiertentag in St. Ingbert-Hassel werbewirksam für Aufsehen sorgte, hatten so etwas wie politischen Symbolcharakter: Ministerpräsidentin Anngret-Kramp Karrenbauer (CDU) kam zwar in flachen schwarzen Ballerinas zu der Versammlung, forderte aber den mitregierenden Koalitionspartner SPD auf, endlich Farbe zu bekennen, ob die Sozialdemokraten nach der Landtagswahl im März 2017 mit den Christdemokraten weiter am Ruder bleiben wollen oder noch immer von Rot-Rot-Grün träumen. „Man muss nicht in Herrenschuhen stecken, um in der Politik seinen Mann zu stehen“, sagte die Regierungschefin selbstbewusst und fügte unter viel Applaus der über hundert Delegierten hinzu: „Ohne

Frauen ist kein Staat zu machen.“ „In roten Pumps steckt rabenschwarze Politik“, fügte leicht augenzwinkernd die Bundesvorsitzende der Frauen Union, Annette Widmann-Mauz, hinzu. Sie bescheinigte der CDU-Frauenvereinigung Saar „schon seit Jahren tolle Politik gemacht und viele Impulse gesetzt“ zu haben. Angefangen von Doris Pack über die Bundestagsabgeordnete Anette Hübinger und Nadine Schön bis hin zu Anngret Kramp-Karrenbauer und der jetzigen Landesvorsitzenden der Frauen Union Saar, Anja Wagner-Scheid. Die konnte sich einen Tag vor ihrem 42. Geburtstag über ein prima Wahlergebnis freuen: Mit 107 von 115 Stimmen (93 Prozent) wurde sie, die Direktorin des Landesamtes für Soziales in Saarbrücken-Burbach, für die nächsten zwei Jahre wieder an die Spitze der CDU-Frauen Saar gewählt.

Rote Pumps hin, in denen jede etwa zehnte Delegierte kam, oder schwarze Pfennigabsatz-Schuhe her, wie sie die Vorsitzende Wagner-Scheid bevorzugte: Auf der Delegiertenversammlung der CDU-Frauen ging es auch um das parteiintern umstrittene Thema



Landesvorsitzende Anja Wagner-Scheid (links) mit Annette Widmann-Mauz. FOTO: BECKER & BREDEL

Sexismus und die politischen Leitlinien zur Saar-Landtagswahl. „Sexismus ist entwürdigendes Verhalten und nicht akzeptabel. Eine öffentliche Debatte darüber ist deshalb notwendig“, sagte die Bundesvorsitzende Widmann-Mauz und forderte stattdessen eine „neue Kultur des Respekts“ zwischen Männern und Frauen, Alt und Jung sowie Einheimischen und Migranten. Die beschlossene Verschärfung

des Sexualstrafrechts und das neue Prostituiertenschutzgesetz müssten nun zügig umgesetzt werden. Dazu verlangte sie ein Verbot der Kinderehen, von denen es auch im Saarland schon 18 gebe. „Kinder gehören in die Schule, aber auf keinen Fall vor den Traualtar“, sagte sie. Kramp-Karrenbauer verlangte, endlich mit der „himmelschreienden Ungerechtigkeit“ aufzuhören, dass Frauen für genau die gleiche Arbeit weniger verdienen als Männer, und forderte zugleich Verbesserungen bei der Frage der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Frauen.

Im verabschiedeten Leittraktat der CDU-Frauen Saar zur Landtagswahl 2017 wird hierzu ein Kita-Öffnungsangebot von 5 bis 23 Uhr in allen Landkreisen und ein Rechtsanspruch von Frauen auf Wiedereinstieg in Vollzeitbeschäftigung verlangt. Und, da Frauen zwar eine höhere Lebenserwartung als Männer haben, aber häufiger als sie an chronischen und akuten Erkrankungen leiden, dringen die Christdemokraten auch auf eine landesweite Kampagne zur besseren Frauengesundheit. ulo

## Immobilien-Wirtschaft widerspricht der Landesregierung

Saarbrücken. Der Verband der saarländischen Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, VDW Saar, widerspricht Äußerungen von Finanz-Staatssekretär Axel Spies. Der hatte in der Saarbrücker Zeitung erklärt, Wohnungsbaugesellschaften sähen „keinen Bedarf für neue Sozialwohnungen“. Dem widerspricht der VDW Saar vehement: Das Saarland benötige dringend neue Sozialwohnungen. Allerdings leiste das Land durch die ausschließliche Förderung auf Darlehensbasis dafür keinen geeigneten Beitrag. „Andere Bundesländer fördern den Bau von Sozialwohnungen durch Zuschüsse. Das Saarland beschränkt sich nach wie vor darauf, den Wohnungsunternehmen zinsverbilligte Darlehen anzubieten. Das ist bei weitem nicht ausreichend und bei den aktuellen Kapitalmarktbedingungen zudem wirtschaftlich nicht interessant“, erklärte VDW-Präsident Volker Leers. Der Grund, warum saarländische Wohnungsunternehmen keine Förderträge stellen, sei nicht der mangelnde Bedarf an neuen Sozialwohnungen, sondern ungeeignete Förder-Maßnahmen. red